

**Rede auf der 1. Integrationskonferenz der Vorarlberger Landesregierung
27. Juni 2008, Landhaus Bregenz**

Dr. Eva Grabherr

okay.zusammen leben/Projektstelle für Zuwanderung und Integration

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann,

Sehr geehrter Herr Landesrat,

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Einladung, hier, auf dieser 1. Integrationskonferenz der Vorarlberger Landesregierung zu sprechen. Ich freue mich über die Einladung und die Gelegenheit. Die Integrationskonferenz und die dahinter liegenden Intentionen des Veranstalters, der Vorarlberger Landesregierung, zeigt für mich eine neue Dimension der Integrationspolitik der Landesregierung an; eine Dimension, die ich für sehr relevant für eine konstruktive Weiterentwicklung dieser Integrationspolitik erachte. In den letzten Jahren wurde in Vorarlberg viel Integrationsarbeit geleistet: von vielen Akteuren und auf vielen Ebenen. Wir haben auch in diesem Land, wie reihum, den Paradigmenwechsel von der „Ausländerpolitik“ zur „Integrationspolitik“ eingeleitet. Wir sind jetzt dabei, das, was dieser Paradigmenwechsel von uns allen verlangt, umzusetzen. Wir stehen am Beginn, aber entscheidend ist, dass dieser Paradigmenwechsel eingeleitet wurde. Es wurde viel integrationspolitisch gearbeitet in den letzten Jahren – maßgeblich auch unterstützt von der Vorarlberger Landesregierung. Unsere Stelle, „okay. zusammen leben“, um nur ein Beispiel zu nennen, würde es nicht geben ohne diesen integrationspolitischen Willen des Landes, der sich auch im Aufbau von integrationspolitischen Zuständigkeitsstrukturen in den letzten beiden Jahren niedergeschlagen hat.

Wir brauchen in meinen Augen aber jetzt einen weiteren, den nächsten Entwicklungsschritt: Wir müssen insbesondere auf landespolitischer Ebene mehr auch über Integration und Integrationspolitik und darüber, was wir darunter verstehen, reden und diskutieren, und das in einem größeren Kreis als bisher; ich meine damit über den Landtag und die Diskussion der politischen Parteien dort

hinaus, nämlich mit den zentralen Akteuren für die aktive Gestaltung des Integrationsprozesses:

- den Migranten und Migrantinnen selber,
- den Kommunen, die zunehmend anerkannt eine zentrale Ebene integrationspolitischen Handelns darstellen,
- und mit den gesellschaftlichen Institutionen, die Gesellschaftspolitik im Alltag umsetzen.

Damit ist der Kreis beschrieben, aus dem die Personen stammen, die heute hier versammelt sind. Die Schaffung eines Forums auf Landesebene durch die Landesregierung mit den hier versammelten Akteuren für ein explizites Sprechen und Diskutieren über Integration, was wir darunter verstehen, wo wir stehen und wo es hingehen soll, ist das integrationspolitisch Neue an dieser Integrationskonferenz. Das hat es bisher nicht gegeben, und das ist es auch, was wir in meinen Augen in Vorarlberg für eine konstruktive Weiterentwicklung unserer integrationspolitischen Arbeit brauchen.

Aus der Perspektive von systemisch arbeitenden Organisationsentwicklern würde der Befund vielleicht in der Weise beschrieben werden, dass die Konzentration in den letzten Jahren auf der Ebene der Strukturintervention lag, also auf dem Aufbau von Strukturen, und weniger auf der Ebene der Prozessintervention. (Ich spreche hier von der Landesebene. Auf der Ebene der Kommunen sieht das in Vorarlberg anders aus.) Es braucht jedoch Aufmerksamkeit für und die Arbeit auf beiden Ebenen, wenn die Wandlungs- und Veränderungsprozesse gut verankert und nachhaltig Ergebnisse zeitigen sollen. Konkret möchte ich die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der bisherigen Integrationspolitik des Landes folgendermaßen beschreiben. Wir brauchen diesen weiteren Schritt, der sich in der Schaffung dieses Austausch- und Diskussionsforums manifestiert, kurz beschrieben, aus folgenden Gründen:

- Wir brauchen ihn für die Motivation der Integrationsakteure. Und unter „Akteuren“ fasse ich hier, der gebotenen Kürze wegen, alle die verschiedenen Gruppen, die im Integrationsprozess aktiv gestalten, zusammen: Menschen in institutionellen Rollen, seien es Angehörige der Mehrheitsgesellschaft oder Migranten (bspw. in ihren Vereinsfunktionen), Migranten und Migrantinnen als Individuen, die den sozialen und

kulturellen Integrationsprozess bewältigen müssen, und Angehörige der Mehrheitsbevölkerung, die den gesellschaftlichen Veränderungsprozess, den Migration mit sich bringt, bewältigen müssen. Diese Motivation ist ein entscheidender Faktor, wenn wir die integrationspolitische Arbeit in Vorarlberg dynamisch und ergebnisorientiert weiterentwickeln und sie auch noch forcieren möchten. Und derzeit haben wir es mit der Notwendigkeit und auch bereits der realen Dynamik eines beschleunigten Prozesses der sozialen Integration der in den letzten Jahrzehnten zugewanderten Menschen und ihren Kindern und Kindeskindern zu tun. (Notwendig ist diese Beschleunigung aus Gründen unserer demographischen Entwicklung, aber auch durch die Transformation unserer Wirtschaft und damit verbunden unseres Arbeitsmarkts, auf dem Bildung zunehmend zum zentralen Faktor für Teilhabe wird.) Kommunikation – offen, differenziert, aus unterschiedlichen Positionen gemeinsame Vorgehensweisen herausbildend, – ist ein entscheidender Stimulus für Motivation und vor allem für das gemeinsame Tragen einer Strategie und einer Politik. Diese Steuerungsdynamiken anerkennt Politik bereits in vielen Bereichen. Von der Integrationspolitik glauben politische Akteure jedoch noch vielfach, mit Repression und Druck entscheidend weiter zu kommen, wie auch der Bevölkerung die „Realität“ nicht zumuten zu können. Daran knüpft meine zweite Begründung an:

– Wir brauchen diese qualitative Weiterentwicklung von Integrationspolitik auf Landesebene auch, weil sie dazu beitragen kann, den Paradigmenwechsel von der Ausländer- zur Integrationspolitik auch in der direkten und sich an die Öffentlichkeit wendenden politischen Kommunikation zu vollziehen. Ich nehme in der politischen Kommunikation das Kommunizieren unterschiedlicher Botschaften wahr. Diese Kommunikationskultur mit zum Teil recht stark unterschiedlichen Botschaften, je nach dem, welche Adressaten man im Auge hat, – restriktiv im Umgang mit Migranten, wenn an die breite Bevölkerung kommuniziert wird, sachbezogen in der Maßnahmenpolitik, – birgt die Gefahr, die Motivation der Integrationsakteure zu unterhöhlen. Man kann sich das Problem vielleicht mit einem Bild aus einem anderen Handlungsfeld veranschaulichen: Wenn eine Unternehmensspitze seine handelnden Akteure innen motiviert, außen aber im Regen stehen lässt. Vor allem aber trägt eine solche Kommunikationskultur der unterschiedlichen Botschaften dazu bei, dass notwendige Bewusstseinsbildungsprozesse, Realisierungsprozesse, in der Bevölkerung auf die lange Bank geschoben werden.

Nun aber zur eigentlichen Leitfrage dieser ersten Konferenz, der Frage, wo wir stehen, mit der Integrationsarbeit in Vorarlberg? Ist das nicht Schönfärberei, werden jetzt manche sagen, wenn ich so stark den Aufschwung der Integrationsarbeit in den letzten Jahren betone? Wir haben verstärkt heftige gesellschaftliche Debatten über Integration. Es gibt sogar Stimmen, die davon sprechen, dass sich der Integrationsprozess rückwärts entwickelt? Wie kann man in dieser Frage auf einen gemeinsamen Standpunkt kommen?

Als erstes würde es dafür eine Bestimmung brauchen, was wir unter sozialer Integration von MigrantInnen verstehen. Die haben wir auf Landesebene für uns noch nicht definiert. Eine Schwierigkeit in dieser Frage ist, dass, sehr kurz hier nur angerissen, Sozialwissenschaft und damit auch soziale Maßnahmenpolitik darunter oft etwas anderes versteht als die breite Öffentlichkeit. Während die einen in erster Linie Fragen der Teilhabe und Teilhabemöglichkeiten auch von MigrantInnen als einer neuen sozialen Gruppe im Auge haben, und wie man diese ermöglicht, diskutiert man auf der anderen Ebene in erster Linie über Fragen der Anpassung.

Kehren wir aber zu meiner gerade gestellten Ausgangsfrage zurück. Wo stehen wir im Integrationsprozess und wie lässt sich das bewerten? Wenn wir uns die Sozialdaten anschauen, dann stellen wir zweierlei fest: Zum einen sehen wir klar einen sozialen Aufstieg der 2. Generation der Zugewanderten der „Gastarbeitermigration“, die ich jetzt einmal herausgreife, in die sogenannte Mittelschicht. Menschen, zunehmend, aus dieser Gruppe sind auf dem Weg dorthin. Das können wir auch mit freiem Auge beobachten. Und wir stellen aber natürlich auch fest, dass Menschen mit Migrationshintergrund als Gruppe gesehen schlechtere Bildungsdaten haben und überall dort überrepräsentiert sind, wo man von sozialer Schwäche sprechen kann: In der Arbeitslosenstatistik, in der Armutsstatistik, und korrespondierend damit, was die Kohorte „junge Männer mit Migrationshintergrund“ betrifft, auch in der Kriminalstatistik.

Ich kann mich in meiner Bewertung nun auf den einen Befund konzentrieren oder auf den anderen. Man kann „das Glas als halb voll oder als halb leer“ bewerten. Ich bewerte es als „halb voll“, denn ich glaube, wir brauchen einen realistischen Blick auf Integrationsprozesse, die soziale und vor allem generationenübergreifende Prozesse

sind. So schnell funktioniert sozialer Aufstieg nicht; schon gar nicht, wenn beide Gruppen, die, die gekommen sind, und die, die als Gesellschaft aufgenommen haben, im „Rückkehrparadigma“ des „Gastarbeitermodells“ gedacht haben. Man kann soziale Integrationsprozesse beschleunigen – davon gehen wir aus. Darum gibt es den Wohlfahrtsstaat im heutigen modernen Sinne und darum gestalten wir auch Integrationspolitik. Aber der Zeitfaktor lässt sich nicht völlig aushebeln. Das müssen in meinen Augen beide an diesem Prozess beteiligte Gruppen im Auge haben. Weiters wirken in diesem Prozess viele Faktoren, wie bspw. die Wirtschafts- und damit zusammenhängend die Arbeitsmarktentwicklungen; Faktoren, die sich nicht nur der landespolitischen Gestaltungsebene, sondern mittlerweile auch der nationalstaatlichen teilweise entziehen.

Gegen meine Bild des als „halb voll“ bewerteten „Glases“ könnte man natürlich die heftigen gesellschaftlichen Debatten der letzten Monate ins Feld führen: die Minarettdebatte, die wir weiter zu führen haben werden, und auch die Frage der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Form eigener ethnischer Listen. Das sind jedoch keine Ereignisse, die auf eine Rückwärtsentwicklung des Integrationsprozesses deuten, sondern vielmehr im Gegenteil – sie verweisen auf das „Ankommen“ der Menschen mit Migrationshintergrund, die im Rahmen der Gastarbeitermigration nach Vorarlberg gekommen sind. Sie verweisen nicht auf eine Rückwärtsentwicklung des Prozesses, sondern darauf, dass unterschiedliche Vorstellungen von der Form des Ankommens und sich Eingliederns existieren. In beiden Fällen, in der Minarettdebatte und in der Debatte über politische Partizipation im Gefäß einer „Migrantenliste“, betonen Migranten, dass sie ihr Engagement als Ausdruck ihrer Beheimatung hier in diesem Land und ihrer Bereitschaft der aktiven und sichtbaren und damit transparenten Teilnahme sehen. Weite Teile der Mehrheitsbevölkerung sagen jedoch „Stopp! Ihr seid doch eigentlich „Gäste“? Was hat sich denn da vollzogen, dass ihr plötzlich Eure Kultur sichtbar auch im öffentlichen Raum zeigen wollt und auf Ebenen wirksam werden wollt, auf denen wir bisher mit niemandem von Eurer Gruppe zu tun gehabt haben?“

Noch einmal zu Stand des Integrationsprozesses in Vorarlberg: Können wir die Phase, in der wir uns derzeit befinden, nicht auch als eine Phase der besonderen

Empfindlichkeit bezeichnen, weil wir alle uns zunehmend dem bewusst stellen müssen, was wir eigentlich geworden sind? Eine Gesellschaft mit Zuwanderung, mit all` dem, was eine solche Gesellschaft mit sich bringt:

- eine neue kulturelle Unterschiedlichkeit ,
- soziale Aufstiegsprozesse mit allen dazugehörenden positiven und negativen Begleiterscheinungen. (Die vermehrte Konsumtionsfähigkeit sozial aufsteigender Gruppen freut die Wirtschaft. Fragen Sie in Vorarlberg Unternehmen des privaten Wohnungsmarktes. Zugleich irritiert es in der Siedlungsnachbarschaft, wenn die Tochter der türkisch-stämmigen Familie plötzlich das Gymnasium besucht, der „eigene“ Sohn des Hausmeisters jedoch nur die Hauptschule. Und nicht alle in der Gruppe der Zugezogenen vollziehen diesen sozialen Aufstieg in der gleichen Geschwindigkeit. Das ergibt eine sozial brisante Melange: Sowohl der, der aufsteigt und dadurch Dynamiken auslöst, die sozialen Druck auf die Gruppe der sozial länger Anwesenden machen, wird als „fremd“ und nicht zur Gemeinschaft gehörend wahrgenommen, wie auch der oder die, welche die sozialen Stützsysteme braucht. In diesem Punkt der „Fremdheit“ liegt auch der große Unterschied zur Emanzipationsbewegung der Frauen in den letzten Jahrzehnten. Auch der Anspruch dieser sozialen Gruppe, in erweiterter Form teilzunehmen und teilzuhaben, wurde abgewehrt; aber es gab mehr lebensweltliche Nähe, in Familien, im Freundeskreis etc.)

Politisches „leadership“ in solchen Zeiten ist keine einfache Sache. Das ist mir sehr einsichtig, aber wir brauchen es dennoch: Souveränes, diese Dynamiken im Auge behaltendes politisches „leadership“. Und auch auf gesellschaftlicher Ebene brauchen wir eine Zunahme von souverän Handelnden in dieser Sache auf beiden Seiten: Auch auf der Seite der Migranten und Migrantinnen. Nicht alles, was für die Bewältigung des Lebens in der neuen Gesellschaft gefordert ist und wird, ist gleich als „Assimilationszwang“ zu werten. Es gibt Akkulturationserfordernisse, die nützlich und notwendig sind und – in einer Solidargemeinschaft, wie der moderne Sozialstaat das ist, – auch eingefordert werden dürfen: Im Bildungsverhalten bspw., was den Erwerb von Landessprachkenntnissen betrifft und was die in der Verfassung verankerten Werte wie die Gleichbehandlung und Gleichberechtigung der Geschlechter oder die Laizität des Staates betrifft. Darauf, wie dieser

Eingliederungsprozess vonstatten geht, haben beide Seiten Einfluss, und beide haben Gestaltungsmöglichkeiten.

Abschließend also die Herausforderungen, die ich in naher Zukunft für uns sehe:

- Es braucht in meinen Augen diesen Paradigmenwechsel von der Ausländer- zur Integrationspolitik auch auf der Ebene der politischen Kommunikation der Landesregierung. Auf der Ebene der Sachpolitik hat sich dieser Wechsel in den letzten Jahren stark vollzogen. Beim politischen Sprechen über Integration hat sich dieser Wechsel jedoch noch nicht vollzogen. Das politische Sprechen über Integrationsthemen ist tendenziell defizitorientiert, die Tonlage eher repressiv und autoritär. Es gibt Empathie für die „Veränderungsschmerzen“, die Migration für die Mehrheitsbevölkerung mit sich bringt; es gibt jedoch in der öffentlichen Kommunikation wenig bis keine Empathie für die besondere Herausforderung, die Integration als Prozess für Menschen mit Migrationshintergrund – über die 1. Generation hinaus – mit sich bringt. Diese Empathie wäre aber ein wichtiges Potential für die Motivation dieser Gruppe und würde zum positiven Verlauf des Integrationsprozesses beitragen. In der generellen Gesellschaftspolitik anerkannt Politik bereits diese Soft-Faktoren in der Steuerung und Gestaltung einer liberalen Gesellschaft; diese würden auch in der Integrationspolitik ihre positive Wirkung zeigen. In der Mehrheitsbevölkerung könnte eine Veränderung der Kommunikation über Integration den Prozess der „Realisierung“ der veränderten Verhältnisse unterstützen und damit auf längere Sicht auch das Konfliktpotential von sozialen Integrations- und Mobilitätsprozessen, das politisch instrumentalisierbar ist, vermindern helfen.
- Auf der Seite der Migranten und Migrantinnen würde ich mir wünschen, dass die, die schon „weiter“ sind in diesem sozialen und kulturellen Integrationsprozess in die „Mitte“ unserer Gesellschaft, sich stärker in die Integrationsarbeit und -politik einbringen. Auch mit mehr öffentlicher Präsenz. So gut ich verstehe, dass Menschen ausschließlich „privat“ leben möchte, wir würden dieses Engagement für die Weiterentwicklung unserer Integrationspolitik und -arbeit brauchen. Diese Menschen sind und wären wichtige Role-Models für Menschen mit Migrationshintergrund, und sie wären die Gesprächs-, Diskussions- und Dialogpartner und -partnerinnen für die

Mehrheitsgesellschaft, die diese für eine gute Bewältigung dieses Prozesses so dringend benötigen würde.